

Regierung von Oberfranken

Bergamt Nordbayern

Regierung von Oberfranken, Postfach 110165, 95420 Bayreuth

Abdruck

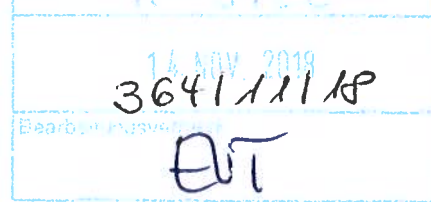
**Nr. 26-3851.nea25-II-4587/2018****Bergrecht**

Geplante Gewinnung von Gips im Tagebau "Oberndorf", Markt Ipsheim und Stadt Bad Windsheim, Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim durch die Firma Etex Building Performance GmbH

Anlagen

1 Teilnehmer-Liste

1 Plan "Untersuchungsraum (neu)"



Ø Gips zu Gips
 sed. 1. Lu

Besprechungs-Niederschrift:**A. Anlass der Besprechung:**

Die Firma Etex Building Performance GmbH betreibt in Steinsfeld das Werk "Hartershofen", in dem Rohstoffe aus mehreren betriebseigenen Tagebauen aufbereitet werden.

Zur langfristigen Rohstoffsicherung für das Werk "Hartershofen" beabsichtigt der Unternehmer ein Gipsvorkommen bei Oberndorf zu erschließen. Es ist geplant, den dort anstehenden Gips sowohl im Tagebau als auch untertägig (Vortrieb eines Untersuchungsstollens) zu gewinnen.

Es ist vorgesehen aus zwei Abbaufeldern (Abbaufeld "West" und "Ost") bei einer Gesamtflächeninanspruchnahme von etwa 84 ha Gips zu gewinnen.

Anmerkung zur Vorhabensfläche:

Im Scoping-Termin wurde dargelegt, dass sich die in den Scoping-Unterlagen angegebene Vorhabensfläche von 84 ha durch Abstandsflächen zur 110 kV-Bahnstrom-Freileitung der DB Energie GmbH und den Verzicht auf den Abbau im Bereich des Bodendenkmals auf etwa 75 ha reduzieren wird.

Der überwiegende Teil des Vorhabensgebietes liegt im Bereich des Marktes Ipsheim, die kleinere Teilfläche liegt im Gemeindegebiet der Stadt Bad Windsheim. Nach dem Lösen des Gipses mittels Sprengarbeit soll die Verladung mit Radlager (oder Bagger) auf straßenzugelassene

LKWs erfolgen; da am Standort "Oberndorf" keine Aufbereitung vorgesehen ist, soll dann der Rohgips von dort zum Werk "Hartershofen" transportiert werden. In Abhängigkeit von der Jahresförderung geht der Unternehmer derzeit arbeitstäglich von 14 bis 27 Transportfahrten (also 28 bzw. 54 Hin- und Rückfahrten) aus.

Im geltenden Regionalplan für die Region Westmittelfranken (RP 8) ist für den dortigen Bereich das Vorranggebiet "GI 17" (Külsheim-Ipsheim) ausgewiesen. Für das ausgewiesene Vorranggebiet "GI 17" sollen im Rahmen der Abbauplanung die Hauptfolgefunktionen Landwirtschaft, ökologische Ausgleichsfläche/Biotopentwicklung und Wasserfläche umgesetzt werden.

Die Gewinnung des in dem beantragten Abbaubereich anstehenden Bodenschatzes unterliegt dem sachlichen Geltungsbereich des Bundesberggesetzes (BBergG). Gemäß § 51 BBergG dürfen Aufsuchungsbetriebe, Gewinnungsbetriebe und Betriebe zur Aufbereitung nur auf Grund von Plänen (Betriebsplänen) errichtet, geführt und eingestellt werden, die vom Unternehmer aufgestellt und von der zuständigen Behörde zugelassen worden sind.

Da die Größe der vorgesehenen Abbaufäche den Schwellenwert von 25 ha überschreitet ist nach §§ 52 Abs. 2 a i.V.m. 57 a BBergG i.V.m. § 1 Nr. 1 b.) der Verordnung über die Umweltverträglichkeit bergbaulicher Vorhaben - UVP-V Bergbau - vom 13.07.1990 (BGBl I S. 1420), letztmalig geändert durch Gesetz vom 20.07.2017 (BGBl I S. 2808), ein Rahmenbetriebsplan zu verlangen und für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

Seitens der Regierung von Oberfranken - Bergamt Nordbayern - wurde es als sinnvoll erachtet, einen Scoping-Termin zur Diskussion und Festlegung der für das Planfeststellungsverfahren erforderlichen Antragsunterlagen durchzuführen.

Anlässlich des Scoping-Termins sollen der Untersuchungsumfang, dies sind im Einzelnen

- der Untersuchungsraum,
- die Untersuchungsinhalte und
- der Untersuchungszeitraum

der im UVP-Bericht zu behandelnden Schutzgüter diskutiert und festgelegt werden.

Hinweise:

1. Schutzgüter im Sinne des UVP-Gesetzes sind

- Bevölkerung und menschliche Gesundheit,
- biologische Vielfalt unter besonderer Berücksichtigung der gemäß Richtlinie 92/43/EWG und der Richtlinie 2009/147/G geschützten Arten und Lebensräume,

...

- Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
 - Kulturgüter und sonstige Sachgüter, sowie
 - die Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern.
2. Darüber hinaus sind Umweltauswirkungen im Sinne des UVP-Gesetzes unmittelbare und mittelbare Auswirkungen eines Vorhabens oder der Durchführung eines Plans oder Programms auf die Schutzgüter. Dies schließt auch solche Auswirkungen des Vorhabens ein, die aufgrund von dessen Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, soweit diese schweren Unfälle oder Katastrophen für das Vorhaben relevant sind.

Am 10. Oktober 2018, 10.30 Uhr, fand im Werk "Hartershofen" der Firma Etex Building Performance GmbH der Scoping-Termin für das geplante Abbauvorhaben statt. Der Scoping-Termin dient der Festlegung des Untersuchungsumfanges (Untersuchungsraum + Untersuchungsinhalte + Untersuchungszeitraum) der im UVP-Bericht zu behandelnden Schutzgüter.

Bezüglich der Teilnehmer wird auf die beiliegende Teilnehmer-Liste verwiesen.

Die Teilnahme am Scoping-Termin haben im Vorfeld

- das Bayerische Landesamt für Umwelt,
 - das Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken und
 - die Autobahndirektion Nordbayern
- abgesagt.

B. Vor-Bemerkung zur Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Richtlinie 2014/52/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten hat zu einer Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), des Bundesberggesetzes (BBergG) und der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) geführt.

Nachstehende Neuerungen bzw. Änderungen sind daher zu beachten.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung umfasst die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter.

Schutzgüter im Sinne dieses Gesetzes sind

...

- Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit,
- Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Fläche (= neues Schutzgut), Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
- kulturelles Erbe (früher: Kulturgüter) und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Darüber hinaus sind Umweltauswirkungen zu berücksichtigen. Umweltauswirkungen im Sinne dieses Gesetzes sind unmittelbare und mittelbare Auswirkungen eines Vorhabens oder der Durchführung eines Plans oder Programms auf die Schutzgüter. Dies schließt auch solche Auswirkungen des Vorhabens ein, die aufgrund von dessen Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, soweit diese schweren Unfälle oder Katastrophen für das Vorhaben relevant (hierbei handelt es sich ebenfalls um eine Neuerung).

Neu ist ebenso ein sog. UVP-Bericht; hierzu Nachstehendes.

Der Vorhabenträger hat der zuständigen Behörde einen Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) vorzulegen, der zumindest folgende Angaben enthält:

1. eine Beschreibung des Vorhabens mit Angaben zum Standort, zur Art, zum Umfang und zur Ausgestaltung, zur Größe und zu anderen wesentlichen Merkmalen des Vorhabens,
2. eine Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile im Einwirkungsbereich des Vorhabens,
3. eine Beschreibung der Merkmale des Vorhabens und des Standortes, mit denen das Auftreten erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen des Vorhabens ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden soll,
4. eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen das Auftreten erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen des Vorhabens ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden soll, sowie eine Beschreibung geplanter Ersatzmaßnahmen,
5. eine Beschreibung der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens,
6. eine Beschreibung der vernünftigen Alternativen, die für das Vorhaben und seine spezifischen Merkmale relevant und vom Vorhabenträger geprüft worden sind, und die Angabe

der wesentlichen Gründe für die getroffene Wahl unter Berücksichtigung der jeweiligen Umweltauswirkungen sowie

7. eine allgemein verständliche, nichttechnische Zusammenfassung des UVP-Berichts.

Bei einem Vorhaben, das einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Vorhaben, Projekten oder Plänen geeignet ist, ein Natura 2000-Gebiet erheblich zu beeinträchtigen, muss der UVP-Bericht Angaben zu den Auswirkungen des Vorhabens auf die Erhaltungsziele dieses Gebiets enthalten.

Der UVP-Bericht ist zu einem solchen Zeitpunkt vorzulegen, dass er mit den übrigen Unterlagen ausgelegt werden kann.

Der UVP-Bericht muss auch die nachstehenden weiteren Angaben enthalten, soweit diese Angaben für das Vorhaben von Bedeutung sind.

Angaben des UVP-Berichts für die Umweltverträglichkeitsprüfung

Soweit die nachfolgenden Aspekte über die festgelegten Mindestanforderungen hinausgehen und sie für das Vorhaben von Bedeutung sind, muss der UVP-Bericht hierzu Angaben enthalten.

1. Eine Beschreibung des Vorhabens, insbesondere
 - a) eine Beschreibung des Standorts,
 - b) eine Beschreibung der physischen Merkmale des gesamten Vorhabens, einschließlich der erforderlichen Abrissarbeiten, soweit relevant, sowie des Flächenbedarfs während der Bau- und der Betriebsphase,
 - c) eine Beschreibung der wichtigsten Merkmale der Betriebsphase des Vorhabens (insbesondere von Produktionsprozessen), z. B.
 - aa) Energiebedarf und Energieverbrauch,
 - bb) Art und Menge der verwendeten Rohstoffe und
 - cc) Art und Menge der natürlichen Ressourcen (insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt),
 - d) eine Abschätzung, aufgeschlüsselt nach Art und Quantität,
 - aa) der erwarteten Rückstände und Emissionen (z. B. Verunreinigung des Wassers, der Luft, des Bodens und Untergrunds, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung) sowie
 - bb) des während der Bau- und Betriebsphase erzeugten Abfalls.

2. Eine Beschreibung der vom Vorhabenträger geprüften vernünftigen Alternativen (z. B. in Bezug auf Ausgestaltung, Technologie, Standort, Größe und Umfang des Vorhabens), die für das Vorhaben und seine spezifischen Merkmale relevant sind, und Angabe der wesentlichen Gründe für die getroffene Wahl unter Berücksichtigung der jeweiligen Umweltauswirkungen.
3. Eine Beschreibung des aktuellen Zustands der Umwelt und ihrer Bestandteile im Einwirkungsbereich des Vorhabens und eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Umwelt bei Nichtdurchführung des Vorhabens, soweit diese Entwicklung gegenüber dem aktuellen Zustand mit zumutbarem Aufwand auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeschätzt werden kann.
4. Eine Beschreibung der möglichen erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens.

Die Darstellung der Umweltauswirkungen soll den Umweltschutzzielen Rechnung tragen, die nach den Rechtsvorschriften, einschließlich verbindlicher planerischer Vorgaben, maßgebend sind für die Zulassungsentscheidung. Die Darstellung soll sich auf die Art der Umweltauswirkungen nach Buchstabe a erstrecken. Anzugeben sind jeweils die Art, in der Schutzgüter betroffen sind nach Buchstabe b, und die Ursachen der Auswirkungen nach Buchstabe c.

a) Art der Umweltauswirkungen

Die Beschreibung der zu erwartenden erheblichen Umweltauswirkungen soll sich auf die direkten und die etwaigen indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden, kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen, ständigen und vorübergehenden, positiven und negativen Auswirkungen des Vorhabens erstrecken.

b) Art, in der Schutzgüter betroffen sind

Bei der Angabe, in welcher Hinsicht die Schutzgüter von den Auswirkungen des Vorhabens betroffen sein können, sind in Bezug auf die nachfolgenden Schutzgüter insbesondere folgende Auswirkungen zu berücksichtigen:

Schutzgut (Auswahl)

- mögliche Art der Betroffenheit

Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit

- Auswirkungen sowohl auf einzelne Menschen als auch auf die Bevölkerung

...

Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt

- ▶ Auswirkungen auf Flora und Fauna

Fläche

- ▶ Flächenverbrauch

Boden

- ▶ Veränderung der organischen Substanz, Bodenerosion, Bodenverdichtung, Bodenversiegelung

Wasser

- ▶ hydromorphologische Veränderungen, Veränderungen von Quantität oder Qualität des Wassers

Klima

- ▶ Auswirkungen auf das Kleinklima am Standort; Beiträge des Vorhabens zum Klimawandel z.B. durch Treibhausgasemissionen

Kulturgüter

- ▶ Auswirkungen auf historisch, architektonisch oder archäologisch bedeutende Stätten und Bauwerke und auf Kulturlandschaften.

c) Mögliche Ursachen der Umweltauswirkungen

Bei der Beschreibung der Umstände, die zu erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens führen können, sind insbesondere folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

aa) die Durchführung baulicher Maßnahmen, einschließlich der Abrissarbeiten, soweit relevant, sowie die physische Anwesenheit der errichteten Anlagen oder Bauwerke,

bb) verwendete Techniken und eingesetzte Stoffe,

cc) die Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt und, soweit möglich, jeweils auch auf die Verfügbarkeit der betroffenen Ressource und die Nachhaltigkeit der geplanten Nutzung einzugehen,

...

- dd) Emissionen und Belästigungen sowie Verwertung oder Beseitigung von Abfällen,
 - ee) Risiken für die menschliche Gesundheit, für Natur und Landschaft sowie für Kulturgüter, zum Beispiel durch schwere Unfälle oder Katastrophen,
 - ff) das Zusammenwirken mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben oder Tätigkeiten; dabei ist auch auf Umweltprobleme einzugehen, die sich daraus ergeben, dass ökologisch empfindliche Gebiete nach Anlage 3 Nummer 2.3 betroffen sind oder die sich aus einer Nutzung natürlicher Ressourcen ergeben,
 - gg) der Beitrag des Vorhabens zur Beeinträchtigung des Klimas und zur Verstärkung des Klimawandels, zum Beispiel durch Art und Ausmaß der mit dem Vorhaben verbundenen Treibhausgasemissionen,
 - hh) die Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels (zum Beispiel durch erhöhte Hochwassergefahr am Standort) oder eine verstärkte Anfälligkeit von Schutzgütern infolge des Klimawandels,
 - ii) die Anfälligkeit des Vorhabens für die Risiken von schweren Unfällen oder Katastrophen, soweit solche Risiken nach der Art, den Merkmalen und dem Standort des Vorhabens von Bedeutung sind.
5. Die Beschreibung der grenzüberschreitenden Auswirkungen des Vorhabens soll in einem gesonderten Abschnitt erfolgen.
6. Eine Beschreibung und Erläuterung der Merkmale des Vorhabens und seines Standorts, mit denen das Auftreten erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen ausgeschlossen, vermindert, ausgeglichen werden soll.
7. Eine Beschreibung und Erläuterung der geplanten Maßnahmen, mit denen das Auftreten erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden soll, sowie geplanter Ersatzmaßnahmen und etwaiger Überwachungsmaßnahmen des Vorhabenträgers.

8. Soweit Auswirkungen aufgrund der Anfälligkeit des Vorhabens für die Risiken von schweren Unfällen oder Katastrophen zu erwarten sind, soll die Beschreibung, soweit möglich, auch auf vorgesehene Vorsorge- und Notfallmaßnahmen eingehen.
9. Die Beschreibung der Auswirkungen auf Natura 2000-Gebiete soll in einem gesonderten Abschnitt erfolgen.
10. Die Beschreibung der Auswirkungen auf besonders geschützte Arten soll in einem gesonderten Abschnitt erfolgen.
11. Eine Beschreibung der Methoden oder Nachweise, die zur Ermittlung der erheblichen Umweltauswirkungen genutzt wurden, einschließlich näherer Hinweise auf Schwierigkeiten und Unsicherheiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind, zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse.
12. Eine Referenzliste der Quellen, die für die im UVP-Bericht enthaltenen Angaben herangezogen wurden."

C. Vorbemerkung aus regionalplanerischer/raumordnerischer Sicht:

Durch die **Regierung von Mittelfranken** wurde in ihrer Funktion als Höhere Landesplanungsbehörde aus Sicht von Raumordnung und Landesplanung ausgeführt, dass die Vorhabensfläche im geltenden Regionalplan für die Region Westmittelfranken (RP 8) als Vorranggebiet für die Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen (GI 17) ausgewiesen ist. Auch wenn Randbereiche des Vorhabensgebietes im maßstabsbedingten Unschärfebereich liegen, werde die Auffassung vertreten, dass das Vorhabensgebiet vollständig im Vorranggebiet GI 17 liegt.

Für das Vorranggebiet GI 17 sieht der Regionalplan die Nachfolgenutzungsziele "Landwirtschaft", "ökologische Ausgleichsfläche/Biotopentwicklung" und "Wasserfläche" vor.

Aus regionalplanerischer Sicht sind nachstehende Maßgaben zu beachten:

- Für die Maßnahmen zur Wiedernutzbarmachung der Oberfläche ist ein landschaftspflegerischer Begleitplan aufzustellen.
- Bei der Erschließung des Abbauvorhabens sind Ortsdurchfahrten nach Möglichkeit zu vermeiden; das hier zu betrachtende Abbaugelände ist über die Staatsstraße (also von Westen her) zu erschließen.
- Dem Erholungsschwerpunkt Bad Windsheim ist entsprechende Bedeutung zuzumessen.

...

In Anbetracht der Tatsache, dass die vorgesehene Abbaufäche vollständig innerhalb des Voranggebietes GI 17 liegt, bedarf es keiner Durchführung eines förmlichen bzw. vereinfachten Raumordnungsverfahrens.

D. Ergebnis der Besprechung:

Anlässlich der Besprechung wurden der Untersuchungsumfang (im Einzelnen der Untersuchungsraum, die Untersuchungsinhalte und der Untersuchungszeitraum) der im UVP-Bericht zu behandelnden Schutzgüter (Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt, Mensch, Fläche, Boden, Wasser, Luft und Klima, Landschaft, Kultur- und Sachgüter) diskutiert und festgelegt.

Zum Schutzgut "Kultur- und Sachgüter"

Das **Bayerische Landesamt für Denkmalpflege** erläuterte, dass das Vorhabensgebiet innerhalb eines archäologisch als sehr reich geltenden Umfelds liegt. In den Scoping-Unterlagen sind bereits die bekannten Bodendenkmäler benannt. Eine größere Anzahl von Bodendenkmälern aus verschiedenen vor- und frühgeschichtlichen Perioden befindet sich im näheren und weiteren Umkreis.

Die intensive bodendenkmalpflegerische Begleitung der Gipsabbau in der Windsheimer Bucht in den vergangenen Jahren hat gezeigt, dass insbesondere die Karsthohlformen und Depressionen über oder an der Oberkante der Gipslager in ur- und frühgeschichtlicher Zeit Ort intensiver Siedlungstätigkeit und Nutzung gewesen sind. Die hier überlieferten Bodendenkmäler sind in der Regel durch Überdeckung an der Oberfläche heute nicht erkennbar und werden erst nach Abtrag der überdeckenden Schichten aufgeschlossen und sichtbar. Es ist davon auszugehen, dass dieses auch für den hier zu betrachtenden Vorhabensbereich anzunehmen ist; er ist deshalb in seiner Gesamtheit als Vermutungsfläche im Sinne des Art. 7 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz (DSchG) zu behandeln.

Für Bodeneingriffe jeder Art ist deshalb in der Gesamtheit oder gestaffelt nach den geplanten Abbauschritten eine denkmalrechtliche Erlaubnis nach Art. 7 Abs. 1 DSchG notwendig. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wird im Zuge des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens (wegen der sog. Konzentrationswirkung ist das denkmalschutzrechtliche Erlaubnisverfahrens darin eingeschlossen) die zum Schutz bzw. zur Sicherung der Bodendenkmäler erforderlichen Auflagen und Nebenbestimmungen formulieren. Erst nach Erteilung eines Erlaub-

nisbescheides kann der Oberbodenabtrag unter Aufsicht einer wissenschaftlichen bzw. im Bereich der Grabungstechnik qualifizierten Fachkraft erfolgen.

Über die Notwendigkeit einer archäologischen Ausgrabung kann erst nach diesem fachlich qualifizierten Abtrag des Oberbodens entschieden werden. Zur Vermeidung unbeobachteter Denkmalzerstörungen ist der Beginn des Oberbodenabtrags vom Träger des Vorhabens beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege vorher (mit einem ausreichenden Zeitvorlauf) anzuzeigen und die mit der archäologischen Beobachtung beauftragte Fachkraft zu benennen.

Wegen der Komplexität der zu erwartenden Bodendenkmäler empfiehlt es sich, diese Voruntersuchungen jeweils zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass archäologische Ausgrabungen abhängig von Art und Umfang der erhaltenen Bodendenkmäler einen größeren Umfang annehmen können und daher – um Verzögerungen im Abbaubetrieb zu vermeiden – unbedingt rechtzeitig geplant werden sollten. Hierbei sind ggfs. auch Vor- und Nachbereitung der Ausgrabung zu berücksichtigen (u.a. Durchführungskonzept, Fundverbleib, Restaurierung der Funde).

Das **Bergamt Nordbayern** verwies zum Thema "Bodendenkmäler" darauf, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder an die untere Denkmalschutzbehörde gem. Art. 8 Absätze 1 und 2 DSchG unterliegen; die einschlägigen Bestimmungen lauten wie folgt.

Art. 8 Abs. 1 DSchG

Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, auf Grund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 DSchG

Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Das **Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken** teilte vorab schriftlich mit, dass derzeit für das Vorhabensgebiet weder ein Verfahren der Flurbereinigung anhängig noch vorgesehen ist.

Die **Autobahndirektion Nordbayern** teilte vorab mit, dass Belange der Autobahndirektion nicht betroffen sind; die nächstgelegene Bundesautobahn BAB A 7 befindet sich in 16 km Entfernung.

Das **Staatliche Bauamt Ansbach** äußerte sich im Scoping-Termin zur vorgesehenen Erschließung dahingehend, dass die genaue An- und Abfuhrstecke in den Unterlagen noch nicht beschrieben ist. Wenn die Erschließung nur in Richtung Westen über die Staatsstraße erfolgen soll, gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Die zu erarbeitenden Antragsunterlagen müssen daher ein Erschließungskonzept über die vorgesehene An- und Abfuhr mit Angaben über die zu erwartenden LKW-Bewegungen, die LKW-Gewichte, den Ausbau der Erschließungsstrecke, die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung von Straßenverschmutzungen und zur Vermeidung bzw. Minderung von Staubaufwirbelungen enthalten. Die Erschließungsstrecke sollte auf den ersten 30 m (gerechnet ab der Staatsstraße) eine Breite von 6 m aufweisen; danach ist eine Breite von 4 m (evtl. mit Ausweichbuchten) ausreichend. Ggfs. sind straßenbautechnische Umbaumaßnahmen (z.B. Errichtung einer Rechtsabbiegespur) erforderlich; zur Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs bedarf es ausreichender Sichtweiten (Erstellung und Freihaltung von Sichtdreiecken).

Durch die **Stadt Bad Windsheim** wurde darauf hingewiesen, dass die Brücke über den Kalkgraben nicht für den Schwerlastverkehr ausgebaut wurde; hier ist zu klären, wer die Unterhaltungslast übernimmt.

Durch das **Landratsamt Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim** wurde ausgeführt, dass bei einer Erschließung nach Westen (über die Staatsstraße) das dort ausgewiesene FFH-Gebiet durch Staubeinträge beeinträchtigt werden könnte; hierzu bedarf es in den Antragsunterlagen entsprechender Angaben.

Durch das **Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ansbach** wurde gefordert, dass die angrenzenden landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Grundstücke jederzeit erreicht werden können.

Durch das **Bergamt Nordbayern** wurde darauf hingewiesen, dass zu überprüfen ist, ob sich innerhalb des Vorhabensgebietes (oder im Randbereich) Versorgungsanlagen bzw. -leitungen für Strom, Gas, Wasser, Telefon, u.ä. befinden. Sichergestellt werden muss weiterhin, dass Anlieger jederzeit zu ihren Grundstücken gelangen können, dass Wegeverbindungen wieder hergestellt oder an anderer Stelle neu angelegt werden und dass geeignete Maßnahmen zu

ergreifen sind, um eine Verschmutzung der anbindenden öffentlichen Straßen, hervorgerufen durch die Abfuhr, zu verhindern (z.B. ausreichende lange Abstreifstrecken).

Weiter wurde auf die im Vorhabensgebiet vorhandene 110 kV-Bahnstrom-Freileitung der DB Energie GmbH verwiesen. Vertreter des Betreibers haben am Scoping-Termin nicht teilgenommen, wobei das beauftragte Planungsbüro mit dem Leitungsbetreiber eine Vorabstimmung durchgeführt hat. In den Antragsunterlagen sind daher entsprechende Angaben über Schutzabstände zu den Leitungsmasten, die Gewährleistung einer jederzeitigen Erreichbarkeit der Leitungsmasten für Reparatur- und Wartungsarbeiten, etc. zu treffen.

Das mit der Erstellung der Antragsunterlagen beauftragte **Büro K-UTEC AG** erläuterte, dass für das Erschließungskonzept ein Fachbüro hinzugezogen wird.

Zu den Schutzgütern "Mensch" (Lärm, Erschütterungen, Vibrationen) und "Luft" und "Klima"

Durch das **Bergamt Nordbayern** wurde auf die Ausarbeitung "Anforderungen zum Lärmschutz bei der Planung von Abbauflächen von Kies, Sand und andere Bodenschätze" des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz vom Juli 2003 verwiesen. Danach ist davon auszugehen, dass die Vermeidung erheblicher Belästigungen durch Geräusche und die Einhaltung der Immissionsrichtwerte ohne weitere Maßnahmen (wie z.B. Lärmschutzwälle) sichergestellt werden kann, wenn ein Mindestabstand von 300 m zu reinen Wohngebieten, ein Mindestabstand von 200 m zu allgemeinen Wohngebieten und ein Mindestabstand von 150 m zu Mischgebieten eingehalten wird. Es ist zu überprüfen, ob die vg. Mindestabstände unterschritten werden; ist dies der Fall, ist ein Lärmgutachten bzw. eine Lärmprognose mit Angabe von Lärmschutzeinrichtungen (z.B. Lärmschutzwälle) zu erstellen.

Weiter wurde ausgeführt, dass in den zu erarbeitenden Antragsunterlagen entsprechende Aussagen zum Themenkomplex "Staub" zu treffen sind. Dabei ist – gerade im Hinblick auf evtl. zu besorgende Staubverwehungen - zu beschreiben, an welchen Stellen im Betrieb Staub-Expositionen auftreten können und welche Gegenmaßnahmen zur Verhinderung bzw. Minimierung vorgesehen sind.

Analog sind in den zu erarbeitenden Antragsunterlagen entsprechende Aussagen zu den Themenkomplexen "Vibrationen" zu treffen.

Für die vorgesehenen Sprengarbeiten bedarf es eines Gutachtens durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen. Im Sprenggutachten ist das auf den Einzelfall zuge-

schnittene Sprengkonzept (Sprengstoffmengen, Häufigkeit der Sprengungen, Sprengschema, etc.), zu erarbeiten, in dem auch die Themenkomplexe "Sprengerschütterungen" (DIN 4150 Teil 3) und "Sprenglärm" eingegangen wird.

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass die Unterlagen auch Angaben bzw. Aussagen über eventuelle klimatische Auswirkungen des Vorhabens enthalten müssen; hierbei kann bei Abbauvorhaben derartigen Umfangs im Regelfall auf Literatur-Recherchen zurückgegriffen werden.

Durch die **Stadt Bad Windsheim** wurde im Hinblick auf den Erholungsschwerpunkt Bad Windsheim, den dortigen Thermenbereich und den Kurpark gefordert, den Untersuchungsraum nach Westen zu erweitern und die vg. Bereiche miteinzubeziehen.

Analog hierzu erhob der **Markt Ipsheim** die Forderung, den Untersuchungsraum nach Osten zu erweitern (bislang ist nur der Ortsteil Oberndorf im Untersuchungsraum enthalten).

Hinweis im Nachgang zum Scoping-Termin:

Unter Bezugnahme auf die vorstehenden Forderungen der Stadt Bad Windsheim und des Marktes Ipsheim legte das vom Vorhabenträger beauftragte Büro mit E-Mail vom 07.11.2018 einen aktualisierten Plan zum Untersuchungsraum vor. Der Plan ist unter der Bezeichnung "Untersuchungsraum (neu)" dieser Besprechungs-Niederschrift als Anlage beigelegt.

Zu den Schutzgütern "Pflanzen", "Tiere", "biologische Vielfalt" und "Landschaft"

Durch das **Bergamt Nordbayern** wurde darauf hingewiesen, dass der Ministerrat am 07.08.2013 die Bayerische Kompensationsverordnung (BayKompV) beschlossen hat. Die Bayerische Kompensationsverordnung wurde am 14.08.2013 im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 15/2013 (GVBl S. 517) veröffentlicht. Die entsprechenden Erfassungen, Ermittlungen und Bewertungen sind somit gemäß der Bayerischen Kompensationsverordnung durchzuführen. Seit Ende Juni 2017 gibt es zudem eine Arbeitshilfe zur Anwendung der BayKompV bei Vorhaben der Rohstoffgewinnung; die Arbeitshilfe ist auf der Homepage des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (www.lfu.bayern.de) eingestellt.

Die **Regierung von Mittelfranken** und das **Landratsamt Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim** teilten mit, dass es neben den üblichen Unterlagen (landschaftspflegerischer Begleitplan und spezielle artenschutzrechtliche Prüfung) in einem ersten Schritt einer NATURA 2000-Verträglichkeitsabschätzung (in der Nähe befindet sich das FFH-Gebiet "Gipshügel bei Küls-

heim und Wüstphül"; Gebiets-Nr.: 6428-371) bedarf; in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verträglichkeitsabschätzung ist unter Umständen eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Zur Festlegung des diesbezüglichen Untersuchungsumfangs fand am 08.02.2018 eine Vorabstimmung mit der Regierung von Mittelfranken (höhere Naturschutzbehörde) und dem Landratsamt Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim (untere Naturschutzbehörde) statt. Anlässlich des Scoping-Termins erläuterte das mit den naturschutzfachlichen Erhebungen beauftragte **Institut für Vegetationskunde und Landschaftsökologie** die bisherigen Erkenntnisse.

Durch das **Landratsamt Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim** wurde darauf verwiesen, dass im Bereich der geplanten Erschließungstrasse diverse Ausgleichsflächen vorhanden sind. Im Zuge der Erarbeitung des landschaftspflegerischen Begleitplans sollte auch die Zielsetzung "Verbesserung von Vernetzungsstrukturen" berücksichtigt werden.

Durch das **Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ansbach** wurde darauf hingewiesen, dass die Vorhabensfläche landwirtschaftlich genutzt wird; Waldflächen sind nicht betroffen. Im Hinblick auf einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden sollen ggfs. erforderliche Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen auf der Eingriffsfläche vorgenommen und nicht zusätzliche Landwirtschaftsflächen in Anspruch genommen werden.

Das **Bayerische Landesamt für Umwelt** verwies auf das südlich der Vorhabensfläche ausgewiesene Geotop "Külsheimer Hirtenhügel NE von Külsheim" (Geotop-Nr. 575R004); das vg. Geotop ist in den Scoping-Unterlagen bereits erwähnt; das Geotop steht als Naturdenkmal unter Schutz.

Diverse Beteiligte forderten, dass die zu erarbeitenden Antragsunterlagen einen Zeitplan für die vorgesehenen Abbau- und Rekultivierungstätigkeiten enthalten müssen.

Zu den Schutzgütern "Fläche", "Boden" und "Wasser"

Durch das **Bergamt Nordbayern** wurde einleitend darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Schutzgut "Fläche" um ein neues Schutzgut handelt. Bei Bergbauvorhaben handelt es sich i.d.R. um eine Zwischennutzung, da die in Anspruch genommenen Flächen nach dem Abbau rekultiviert werden und wieder einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden. Im Übrigen verpflichtet bereits § 1 Bundesberggesetz - BBergG - zu einem sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden.

Im Hinblick auf einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden regte das **Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ansbach** an, ggfs. erforderliche Ersatz-/Ausgleichsmaßnahmen nach Möglichkeit auf der Eingriffsfläche durchzuführen. Externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Ersatzaufforstungen würden in der Regel auf landwirtschaftlichen Nutzflächen durchgeführt; dieses sollte vermieden werden.

Weiterhin wurde gefordert, dass die Antragsunterlagen Aussagen enthalten müssen, ob durch das Vorhaben Auswirkungen - und wenn ja, welche - auf die Veränderung der Grundwasserverhältnisse im Hinblick auf den Bestand und die Ertragsfähigkeit der im Umfeld befindlichen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke zu erwarten sind.

Das **Wasserwirtschaftsamt Ansbach** teilte mit, dass die Antragsunterlagen die erforderlichen Angaben zu den wasserwirtschaftlichen Belangen enthalten müssen. Zunächst sollten mehrere Grundwassermeßstellen errichtet werden. Anzahl, Lage, Tiefe und Ausbau der Grundwassermeßstellen sollten vorab mit dem Wasserwirtschaftsamt abgestimmt werden..

Danach bedarf es der Erarbeitung eines hydrogeologischen Gutachtens; in diesem sind Aussagen zu nachstehenden Themen zu treffen.

- Untersuchung der Grundwasserverhältnisse und der Grundwasserbeschaffenheit sowie Beschreibung eventueller Auswirkungen der Maßnahme auf den Grundwasserstand und die Grundwasserbeschaffenheit
- Ermittlung der Grundwasserfließrichtung einschließlich Vorlage eines Grundwassergleichensplans
- Angaben über betriebseigene Grundwassermeßstellen sowie im Umfeld vorhandene weitere Grundwassermeßstellen
- Angaben über im Umfeld vorhandene Schutzgebiete (Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete) und Beurteilung möglicher Auswirkungen
- Angaben über durch das Vorhabensgebiet verlaufende Gräben (z.B. Kalkgraben, Hillerfeldgraben) und Beurteilung möglicher Auswirkungen
- Angaben über nahe Fließgewässer (z.B. Aisch) und Beurteilung möglicher Auswirkungen
- Angaben über den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Betankung)
- Angaben über evtl. erforderliche Entwässerungsanlagen für die betriebseigene Erschließungsstrasse
- Vorschlag für ein Grundwasser-Monitoring
- Angaben über wasserrechtliche Benutzungstatbestände
 - * ggfs. Ableiten von Oberflächenwasser (mit Anlage von Absetzteichen und Angaben über die voraussichtliche Einleitungsmenge)
 - * Verlegung von Gräben/Gewässern 3.Ordnung

- * evtl. Herstellung eines Gewässers oder eines Gewässers auf einer Teilfläche

Bei den wasserrechtlichen Benutzungstatbeständen ist bezüglich der hierfür erforderlichen Unterlagen auf die Verordnung über Pläne und Beilagen in wasserrechtlichen Verfahren (WPBV) vom 13.03.2000 hinzuweisen.

Durch das **Bergamt Nordbayern** wurde darauf hingewiesen, dass die vorgesehene Errichtung der Grundwassermeßstellen anzuzeigen ist (§ 50 BBergG); das Bergamt schaltet dann hierzu die zu beteiligenden Fachstellen ein. Weiter wurde angemerkt, dass - sofern zu einem späteren Zeitpunkt zum Ausgleich des Massendefizites im Zuge der Maßnahmen zur Wiedernutzbarmachung der Oberfläche die Annahme von Fremdmaterial vorgesehen ist - dann das in Bayern für verbindlich erklärte Eckpunktepapier (EPP) und der dazugehörige Leitfaden für die Verfüllung von Gruben, Brüchen und Tagebauen (LF) zur Anwendung kommt. Von wesentlicher Bedeutung ist dabei die sog. Standortbeurteilung, in der die hydrogeologische und wasserwirtschaftliche Situation zu beschreiben ist (Abschnitte B-1, B-1.1 und B1-2 des LF). Wenn die Hintergrundwerte des Bodens am Standort der Verfüllung über den jeweils zulässigen Zuordnungswerten liegen, kann nach den Ausführungen im LF Material mit Stoffgehalten bis zu diesen Hintergrundwerten verfüllt bzw. genehmigt werden, sofern diese Hintergrundgehalte bereits bei der Antragstellung nachgewiesen wurden.

Durch die **Stadt Bad Windsheim** wurde gefordert, dass eine Beeinträchtigung der Wasserschutzgebiete im Gemeindegebiet und auch der Therme ausgeschlossen werden muss. Darüber hinaus bedarf es bei den Wirkfaktoren einer differenzierten Betrachtung nach Grundwasser und Fließgewässern.

E. Sonstiges

Durch das Bergamt ist darauf hinzuweisen, dass der Rahmenbetriebsplan weiterhin folgendes enthalten muss.

- Übersicht über die wichtigsten vom Unternehmer geprüften Vorhabensalternativen und die Angabe der wesentlichen Auswahlgründe unter besonderer Berücksichtigung der Umweltauswirkungen
- eine allgemein verständliche Zusammenfassung der beizubringenden Angaben und einen zur Auslegung geeigneten Plan

F. Weitere Vorgehensweise

Der Träger des Vorhabens hat – sofern das Vorhaben weiter verfolgt wird - die für die Planfeststellungsverfahren erforderlichen Planunterlagen zu erarbeiten.

Es wird empfohlen, die Antragsunterlagen in enger Abstimmung mit der jeweiligen Fachbehörde und den betroffenen Gemeinden zu erstellen.

Nach Vorlage der Unterlagen wird das Planfeststellungsverfahren eingeleitet; wesentliches Merkmal des Planfeststellungsverfahrens ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit in das Verfahren.

Darüber hinaus werden die Antragsunterlagen während des Anhörungsverfahrens auf der Homepage der Regierung von Oberfranken eingestellt. Es ist daher neben den Antragsunterlagen in Papierform auch eine digitale Fassung vorzulegen. In diesem Zusammenhang wird auf das beigefügte Merkblatt "Veröffentlichung von PDF-Dokumenten im Internet" der Regierung von Oberfranken verwiesen.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist hat die Anhörungsbehörde die rechtzeitig erhobenen Einwendungen gegen den Plan und die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, zu erörtern.

Über den Verlauf des Erörterungstermins wird eine Niederschrift angefertigt.

Abschließender Hinweis durch das Bergamt Nordbayern:

Kürzlich ist ebenso das Bayerische Verwaltungsverfahrensgesetz geändert worden. Wesentlich für dieses Genehmigungsverfahren sind zwei neue Änderungen.

1. Es wurde ein Verfahrensschritt mit der Bezeichnung „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“ eingeführt. Danach wirkt die Behörde darauf hin, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können, die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet (frühe Öffentlichkeitsbeteiligung). Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung soll möglichst bereits vor Stellung eines Antrags stattfinden. Der betroffenen Öffentlichkeit soll Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung gegeben werden. Das Ergebnis der vor

...

Antragstellung durchgeführten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung soll der betroffenen Öffentlichkeit und der Behörde spätestens mit der Antragstellung, im Übrigen unverzüglich mitgeteilt werden. Letztgenanntes gilt nicht, soweit die betroffene Öffentlichkeit bereits nach anderen Rechtsvorschriften vor der Antragstellung zu beteiligen ist.

2. Daneben soll während des Genehmigungsverfahrens im Internet eine öffentliche Bekanntmachung durchgeführt werden. Ist durch Rechtsvorschrift eine öffentliche oder ortsübliche Bekanntmachung angeordnet, soll die Behörde deren Inhalt zusätzlich im Internet veröffentlichen. Dies wird dadurch bewirkt, dass der Inhalt der Bekanntmachung auf einer Internetseite der Behörde oder ihres Verwaltungsträgers zugänglich gemacht wird. Bezieht sich die Bekanntmachung auf zur Einsicht auszulegende Unterlagen, sollen auch diese über das Internet zugänglich gemacht werden. Soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes geregelt ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Einen Abdruck dieser Besprechungs-Niederschrift erhalten die zum Scoping-Termin eingeladenen Stellen, der Vorhabensträger und die von ihm beauftragten Planfertiger.

Bayreuth, den 12. November 2018



Weiß
Bergdirektor

In Abdruck:

1. Regierung von Mittelfranken
- Höhere Landesplanungsbehörde -
Promenade 27
91522 Ansbach

2. Bayer. Landesamt für Umwelt
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160
86179 Augsburg

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 28.09.2018 Az.: 11-8683.3-80758/2018

3. Bayer. Landesamt für Denkmalpflege
Dienststelle Nürnberg
Burg 4
90403 Nürnberg

4. Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken
Philipp-Zorn-Straße 37
91522 Ansbach

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 29.08.2018 Az.: B/a-G4000-3603

5. Autobahndirektion Nordbayern
Dienststelle Würzburg
Ludwigkai 4
97072 Würzburg

unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 05.09.2018 Az.: W5201-4323/A7

6. Landratsamt Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim
Konrad-Adenauer-Str. 1
91413 Neustadt a.d. Aisch

7. Wasserwirtschaftsamt Ansbach
Dürrnerstr. 2
91522 Ansbach

8. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ansbach
Philipp-Zorn-Straße 37
91522 Ansbach
 9. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Uffenheim
Rothenburger Straße 34
97215 Uffenheim
 10. Staatliches Bauamt Ansbach
Würzburger Landstraße 22
91522 Ansbach
 11. Markt Ipsheim
Marktplatz 2
91472 Ipsheim
 12. Stadt Bad Windsheim
Marktplatz 1
91438 Bad Windsheim
 13. Deutsche Bahn Netz AG
Sandstr. 38 - 40
90443 Nürnberg
 14. Deutsche Bahn Energie GmbH
Pfarrer-Perabo-Platz 2
60326 Frankfurt
 15. Firma
Etex Building Performance GmbH
Werk Hartershofen
91628 Steinsfeld
 16. K-UTEC AG Salt Technologies
Am Petersenschacht 7
99706 Sondershausen
-

Verfahrensbeteiligte

TEILNEHMER-LISTE

Bergrecht

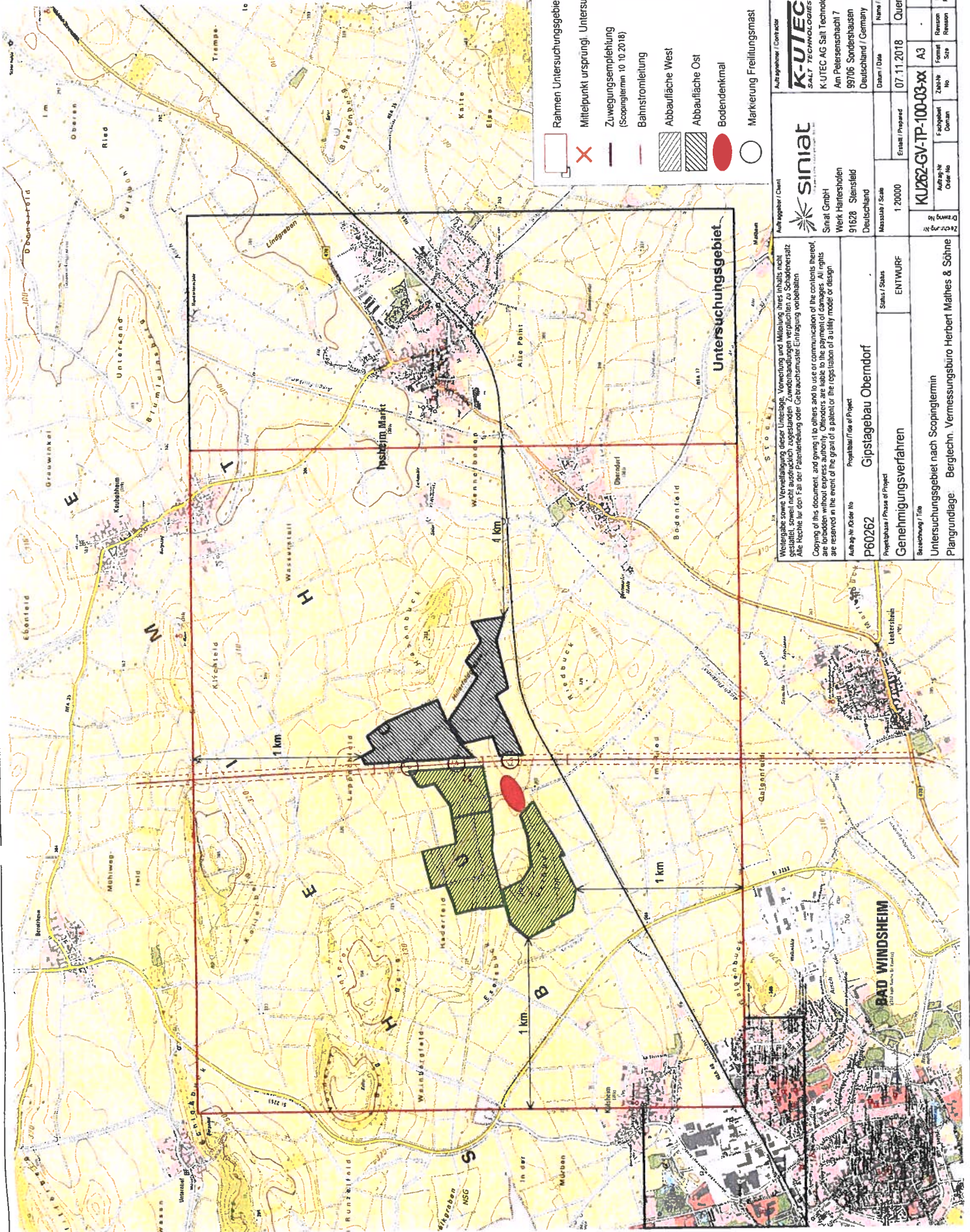
Geplante Gewinnung von Gips im Tagebau "Oberndorf", Markt Ipsheim und Stadt Bad Windsheim, Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim durch die Firma Etex Building Performance GmbH

Thema: Scoping-Termin für bergrechtliches Planfeststellungsverfahren

Ort: Werk "Hartershofen", Firma Etex Building Performance GmbH

Datum: 10. Oktober 2018

[illegible]



Wiedergabe sowie Vervielfältigung dieses Unterpunkts, Verwendung und Mitteilung ihres Inhalts nicht gestattet, soweit nicht ausdrücklich zugestanden. Zuwiderhandlungen verpflichten zu Schadenersatz. Alle Rechte für den Fall der Patenterteilung oder Gebrauchsmuster-Eintragung vorbehalten.

Copying of this document and giving it to others and to use or communication of the contents thereof, is prohibited. Offenders are liable to the payment of damages. All rights are reserved in the event of the grant of a patent or the registration of a utility model or design.

K-UTEC K-UTEC AG Salt Technologies Am Petersenschart 7 99706 Sondershausen Deutschland / Germany		siniat Siniat GmbH Werk Herten 91628 Stansfeld Deutschland	
Auftraggeber / Client Siniat GmbH Werk Herten 91628 Stansfeld Deutschland		Auftraggeber / Contractor K-UTEC AG Salt Technologies Am Petersenschart 7 99706 Sondershausen Deutschland / Germany	
Erstellt / Prepared 07.11.2018	Name / Name Quesnel	Datum / Date 07.11.2018	Name / Name Quesnel
Maßstab / Scale 1:2000	Zeichnung / Drawing No. KU262-GV-TP-100-03-xx	Blatt / Sheet A3	Blatt / Sheet A3
Projektphase / Phase of Project Entwurf	Status / Status ENTWURF	Zeichnung / Drawing No. KU262-GV-TP-100-03-xx	Blatt / Sheet A3
Berechnung / Title Gipstagebau Oberdorf		Zeichnung / Drawing No. KU262-GV-TP-100-03-xx	
Untersuchungsgebiet nach Scopinglermin Plangrundlage: Berglechn. Vermessungsbüro Herbert Mathes & Söhne			